

Verstärkte Bestrebungen für demokratische Entwicklung

Demonstration in Vientiane

von Sabine Miehla

Nach Angaben der in Thailand erscheinenden englischsprachigen Tageszeitung *The Nation* und aus diplomatischen Kreisen in Laos sind am 26. Oktober 1999 über 100 Demonstranten, unter ihnen auch offizielle Regierungsvertreter, in Vientiane festgenommen worden. Eine geplante Demonstration, der ein offener Brief an die laotische Regierung voringang, wurde offensichtlich kurz vor Beginn durch offizielle laotische Sicherheitskräfte vereitelt. Roonmee Wansamee, Sprecher des laotischen Außenministeriums, äußerte auf entsprechende Anfragen, daß die Meldungen »unwahr« sind und »nichts derartiges vorgefallen« sei.

Zu den Vorfällen, die von offizieller Regierungsseite nicht bestätigt wurden, Stellung zu nehmen ist äußerst schwierig, zählt Laos doch nach wie vor zu den politisch abgeschottetsten Gesellschaften in Südostasien und das trotz aller wirtschaftlichen — und vom Westen in höchsten Tönen gepriesenen — Öffnungspolitik. In dem offenen Brief an die laotische Regierung forderten die Demonstranten, hauptsächlich Schüler, Studenten und Lehrkräfte der Universität Dong Dok und des Vientianer Gymnasiums, unter anderem die Respektierung der Menschenrechte, die Freilassung politischer Gefangener, ein Mehrparteiensystem und Neuwahlen der Nationalversammlung.

Unter den Demonstranten soll sich laut informierten Quellen in Laos auch ein leitender Regierungsbeamter, der Bürgermeister des Regierungsbezirkes Sikhotobong von Vientiane,

befunden haben. Der Wortführer der geplanten Aktionen und Proteste, Thongpaseuth Keuakoun, wurde kurz vor Beginn der Demonstration zusammen mit fünf anderen Studenten vor dem Präsidentenpalast in Vientiane festgenommen. Am darauffolgenden Tag wurden, Meldungen der Zeitung *The Nation* zufolge, 15 bis 25 weitere Personen in Haft genommen. Die Anzahl der Festgenommenen im Zusammenhang mit den Protesten soll sich inzwischen auf 100 Personen erhöht haben.

Demonstrationen werden nicht geduldet

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstrationsfreiheit ist nach wie vor stark eingeschränkt. Die letzten bekannt gewordenen öffentlichen Proteste gegen die

politischen Verhältnisse fanden 1990 statt, als drei ehemalige Regierungsbeamte in einem Brief friedliche politische und wirtschaftliche Veränderungen forderten. (siehe *südostasien* 99/1-2, S. 16) Zu Beginn ihrer Inhaftierung in der laotischen Hauptstadt Vientiane hielt man sie eine Zeitlang in dunklen Einzelzellen fest und verlegte sie später in das Straflager Nummer Sieben in der nördlichen Provinz Houa Phan, wo sie extrem schlechten Haftbedingungen ausgesetzt waren, die einer grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung entsprachen. Amnesty International äußert nunmehr Bedenken um den Verbleib der Ende Oktober verhafteten Demonstranten, vor allem, weil die Verhaftungen seitens der laotischen Regierung nicht bestätigt werden. Es handelt sich hier um gewaltlose Demonstranten, Mißhandlungen in der Haft werden befürchtet.

Nach Bekanntwerden der Verhaftungen in Laos hat die in Deutschland ansässige *Laotische Demokratische Bewegung* zu einer Demonstration vor der laotischen Botschaft am 13. November 1999 in Bonn aufgerufen, der zahlreiche in Deutschland lebende Landsleute folgten. Nach Informationen der Laotisch Demokratischen Bewegung wurden die Demonstranten von dem Gelände der laotischen Botschaft aus fotografiert. Die Demonstration, die ordnungsgemäß angemeldet und von den Bonner Behörden offiziell genehmigt wurde, sollte nach Wünschen des laotischen Botschafters durch deutsche Sicherheitskräfte aufgelöst werden. ●



Quellen:

amnesty international; *The Nation*, 27.10.1999

Die Verfasserin ist Laoistin und Politologin und promoviert zur Zeit an der FU-Berlin zum Thema »Der Einfluß des Buddhismus auf die Entwicklung der laotischen Gesellschaft nach 1975«.